



Vorsitzender

Ralf Fromhein

An der Kirche 29
25436 Tornesch
Ralf.Fromhein@t-online.de

Telefon: (0 41 22) 5 31 80

Tornesch, den 29.04.2013

An die
Mitglieder des Seniorenbeirates und an die Ersatzmitglieder
Frau Bürgervorsteherin Plambeck
Herrn Lichte
Fraktionsvorsitzenden der Parteien
Herrn Bürgermeister Krügel
Frau Köhlert
Frau Gottschalk

Einladung

Hiermit lade ich zu einer öffentlichen Sitzung des Seniorenbeirates

am 16.05.2013 um 15:00 Uhr

im Rathaus Tornesch - Sitzungssaal 2. OG

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Seniorenbeiratssitzung vom 21.02.2013
4. Seniorenfragestunde
5. Argumente der politischen Parteien zur / gegen die Fusion der Städte Tornesch und Uetersen
6. Bericht des Vorsitzenden über die Einladung des Seniorenbeirates an die verschiedenen Vereine / Verbände etc. in der Betreuung älterer Menschen zu einem Gespräch oder einer öffentlichen Vorstellung ihrer Aktivitäten (Siehe Anlage)
7. Delegierte der Fachtagung, Region II, in BROKSTEDT am 24.10.2013
Mitgliederversammlung des Landesseniorenrats am 18.6.2013 in Nortorf
8. Berichte aus den Ausschüssen
9. Anträge von Mitgliedern / Ersatzmitgliedern des Seniorenbeirates
9. a Anträge von Herrn Blaas (Siehe Anlage)
10. Verschiedenes



11. Ab ca. 16:30 Uhr stellt Herr Bürgermeister Krügel die aktuellen Baumaßnahmen der Stadt Tornesch vor.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Fromhein

ANLAGEN

1.

**Niederschrift
über die Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände
am 28.02.2013**

im Sitzungssaal des Tornescher Rathauses

TOP 11: Sonstiges

Herr Fromhein merkt an, dass er es bedauert, dass nicht alle Veranstaltungen der Vereine und Verbände im Veranstaltungskalender der Stadt Tornesch zu finden sind.

Herr Irgens weist darauf hin, dass das DRK eine Internetseite betreibt, auf der alle Veranstaltungen ersichtlich sind.

Herr Selk teilt mit, dass sich der Internetauftritt des Sozialverbandes z.Zt. noch in Vorbereitung befindet.

Die anderen Mitglieder teilen mit, dass auf bevorstehende Veranstaltungen in der Presse bzw. durch Flyer, Mitteilungsblätter aufmerksam gemacht wird.

Seite 6

Herr Fromhein wünscht sich eine Präsentation aller Tornescher Vereine und Verbände in der Begegnungsstätte um aufzuzeigen, wer welche Veranstaltungen anbietet und auch um das Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger an einer Mitarbeit im Ehrenamt zu wecken.

Nach Meinung der Mitglieder ist das Angebot der Vereine und Verbände bekannt und wer Interesse an einer Mitarbeit hat bzw. an einer Veranstaltung teilnehmen möchte, sollte sich direkt an den jeweiligen Verein oder Verband wenden.

Es besteht seitens der Mitglieder kein Interesse an einer gemeinsamen Veranstaltung.

2. Anträge von Herrn Blaas

beigefügt

Betr.: Vorschlag an den SenB Tornesch: Antrag an das Altenparlament-SH

Das 25. schleswig-holsteinische Altenparlament 2013 möge beschließen:

Landtag und **Landesregierung** werden aufgefordert, in Abstimmung mit dem Landesseniorenrat und seinen regionalen Mitgliedsverbänden einen **landesweiten Diskurs**

'Lebenslanges Lernen / Lebensphasenorientierte (Weiter-)Bildung für die älteren Generationen - Inhalte und Strukturen'

zu initiieren und zu begleiten.

Begründung:

Obwohl seit Jahren die zunehmende Bedeutung lebenslangen Lernens betont wird (1), werden die älteren Generationen bei der Entwicklung und Umsetzung diesbezüglicher Programme bisher unzureichend berücksichtigt (2). Auch in Schleswig-Holstein spielen Bildungsinteressen älterer Menschen auf Landesebene kaum eine Rolle (3).

Wenn bei der Gestaltung des demografischen Wandels die Würde der älteren Menschen gewährleistet und die gesellschaftlichen Entwicklungspotenziale gemeinwohlorientiert entfaltet werden sollen, muss u.a. jede Form altersdiskriminierender Bildungspolitik beendet werden.

Entsprechend unseren humanistisch-demokratischen Traditionslinien müssen die älteren Generationen unmittelbar daran beteiligt werden, lebensphasenorientierte (Weiter-) Bildungsprojekte zu entwickeln und umzusetzen. Ein landesweit organisierter Diskurs **'Lebenslanges Lernen / Lebensphasenorientierte (Weiter-)Bildung für die älteren Generationen - Inhalte und Strukturen'** könnte hierfür ein beispielgebender Impuls sein.

(1)

Die EU-Kommission beschloss bereits 2001, einen 'europäischen Raum des lebenslangen Lernens' zu schaffen

(http://web.archive.org/web/20080510091135/http://ec.europa.eu/education/policies/III/life/index_de.html#comm). Lebenslanges Lernen wurde dabei definiert als "alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgergesellschaftlichen, sozialen bzw. beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt."

(http://web.archive.org/web/20080529154712/http://ec.europa.eu/education/policies/III/life/what_isIII_de.html)

Auch in Deutschland wurde Lebenslanges Lernen auf Bundes- wie auf Länderebene immer wieder thematisiert (beispielhaft: BM für Bildung und Wissenschaft 2004: **Die Strategie für das Lebenslange Lernen verwirklichen**

http://www.bmbf.de/pub/strategie_III_verwirklichen.pdf oder Ursula Lehr 2010: **Lebenslanges Lernen – wie geht das?** (http://suedbaden.ddn-regionalnetzwerk.de/fileadmin/templates/ddn-suedbaden/PDF/Der_demografische_Wandel_Ursula_Lehr.pdf)

(2)

vgl. beispielsweise: LSR Ba-Wü 2012: **Geht das? „Bündnis lebenslanges Lernen“ ohne die Älteren?** (http://lsw.de/fileadmin/templates/img/Kongress_Lebenslanges_Lernen_01.10.2012.pdf)

(3)

Im Koalitionsvertrag 2012 bis 2017 zwischen SPD, Grünen und SSW wird erklärt, man setze in der Bildungspolitik 'auf einen Dialog von der Kita bis zur Hochschule'. Eine solche Positionierung stellt die älteren Generationen praktisch ins bildungspolitische Abseits und fordert geradezu Fragen nach Altersdiskriminierung heraus. (http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Landesregierung/Ministerien/Landesregierung/Koalitionsvereinbarung__blob=publicationFile.pdf)

Betr.: Antrag an den SenB Tornesch: Kampagne 'Willst du mit mir gehen?'

Der SenB Tornesch möge beschließen:

Der SenB Tornesch initiiert eine **Kampagne "Willst du mit mir gehen ?"**.

Ziel der Kampagne soll es sein, diejenigen Menschen aus der Region zu vernetzen, die sich für Fragen des Älterwerdens interessieren.

Auf der Grundlage des Landesprogramms 'Älter werden in Schleswig-Holstein' initiieren, entwickeln und begleiten wir Aktivitäten, die den Zielen der Hamburger Erklärung des 10. Deutschen Seniorentages (Hamburg, 2013) entsprechen:

- Ja zu einem möglichst gesunden Älterwerden
- Ja zu einem lebenslangen Lernen
- Ja zu einem engagierten Alter
- Ja zu einer Gesellschaft des Miteinanders
- Ja zu einem selbstbestimmten Wohnen
- Ja zu einem Alter in sozialer Sicherheit
- Ja zu einem würdevollen Sterben

Wir starten die Kampagne im Spätsommer mit offenen Spaziergängen (Bewegung / Gesundheit) zu einem BürgerInnen-Treffen in unser Region (z.B.: Rosarium, Bahnhof To, Langes Tannen, ...).

Für die Kampagne wird eine Koordinatorin / ein Koordinator / ein Koordinierungskreis benannt.

Begründung:

Die Tornescher Absage des Workshops für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik, mangelnde politische Kompetenz zu vieler Tornescher Mandats- und FunktionsträgerInnen bei zentralen demografischen Fragen (hier: relative und absolute Alterung) oder auch die unzulängliche Beteiligung der BürgerInnen an der Diskussion um eine Städtefusion von Tornesch und Uetersen verweisen nachhaltig auf die Notwendigkeit, aus der Bürgerschaft Initiativen für Diskurse und praktische Aktivitäten zur solidarischen Gestaltung der älter werdenden Gesellschaft zu ergreifen.

Ein Beitrag dazu soll diese Kampagne sein.



JA zum Alter!

Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und ihrer 110 Mitgliedsorganisationen zum Abschluss des 10. Deutschen Seniorentages

„Hamburger Erklärung“

Die in der BAGSO zusammengeschlossenen Organisationen setzen sich für ein selbstbestimmtes, aktives und engagiertes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. Sie sind überzeugt, dass die Teilhabe älterer Menschen dem Einzelnen, aber auch der gesamten Gesellschaft zugutekommt. In einer Gesellschaft, die nicht nur älter wird, sondern auch schrumpft und „bunter“ wird, kann die von vielen Älteren praktizierte Solidarität mit allen Generationen Vorbild sein. Sagen wir also JA zu einem Älterwerden in einer Gesellschaft für alle!

Wir leben in einer Gesellschaft des langen Lebens. Der demografische Wandel bedeutet Herausforderung und Chance – für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Die in der BAGSO zusammengeschlossenen Organisationen setzen sich für ein aktives Altern ein und wenden sich entschieden gegen den „Anti-aging“ Trend in unserer Gesellschaft. Das Alter ist durch eine Fülle von unterschiedlichen Lebensformen und Lebensstilen gekennzeichnet. Das kalendarische Alter sagt wenig über einen Menschen aus.

Freuen wir uns über die zunehmende Lebenserwartung und versuchen alles dafür zu tun, dass die gewonnenen Jahre auch zu erfüllten Jahren werden. Dazu ist jede und jeder Einzelne von uns aufgerufen, aber auch die Gesellschaft ist in vieler Hinsicht gefordert. Sagen wir JA zum Älterwerden und sagen wir bewusst auch JA zum Alter!

JA zu einem möglichst gesunden Älterwerden

Die Lebenserwartung ist in den letzten 50 Jahren enorm gestiegen. Dazu haben neue Erkenntnisse und Entwicklungen in Medizin, Medizintechnik und Pharmakologie wie auch ein gesundheitsbewussterer Lebensstil beigetragen. Wir wissen heute: Alter ist keine Krankheit, doch die Wahrscheinlichkeit, krank zu werden, steigt mit zunehmendem Alter. Eigenverantwortung ist gefordert und zwar ein Leben lang. Körperliche, geistige und soziale Aktivitäten tragen neben einer ausgewogenen Ernährung zu einem möglichst gesunden Äl-

terwerden bei. Politik, Kommunen und Unternehmen müssen Rahmenbedingungen schaffen und entsprechende Angebote fördern.

Prävention und Rehabilitation sind in allen Lebensphasen möglich und sinnvoll, auch bei chronischer Erkrankung, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Deshalb fordern wir den Ausbau aller Formen von Prävention, auch für Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen, auch für demenziell Erkrankte. Die Grundsätze „Prävention vor Rehabilitation“ und „Rehabilitation vor Pflege“ müssen in die Realität umgesetzt und um den Grundsatz „Prävention und Rehabilitation *bei* Pflege“ erweitert werden.

Wir brauchen ein neues Verständnis von Pflege, das die Selbstbestimmung pflegebedürftiger Menschen und ihre gesellschaftliche Teilhabe in den Vordergrund stellt.

Ein schonender Umgang mit den Ressourcen unseres Gesundheitssystems liegt im Interesse aller. Mit Nachdruck wenden wir uns jedoch gegen jede, auch verdeckte Form von Rationierung medizinischer Leistungen. Wir setzen uns für eine Stärkung von Patientenrechten sowie für die Verbesserung der Beratungs- und Behandlungsqualität ein.

JA zu einem lebenslangen Lernen

Wir müssen heute lernend altern und Altern lernen. Die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein erfolgreiches Älterwerden. Das betrifft die beruflichen Fähigkeiten und Fertigkeiten ebenso wie außerberufliche Kompetenzen.

Berufsbezogene Weiterbildung ist als Teil eines umfassenden betrieblichen „Alternsmanagements“ neben betrieblicher Gesundheitsfürsorge eine wesentliche Voraussetzung für eine längere Berufstätigkeit. Unverzichtbar ist die Anpassung des Arbeitsplatzes an die Beschäftigten. In diesem Zusammenhang fordern wir familienfreundliche Arbeitsplätze, die eine Vereinbarkeit der Berufstätigkeit sowohl mit der Kindererziehung als auch mit der Pflege ermöglichen. Dies erfordert eine größere Flexibilität im Arbeitsleben und beim Übergang in die nachberufliche Zeit.

Lernen ist ein lebenslanger Prozess, in dem wir täglich neue Erfahrungen sammeln und unser Verhalten ändern. Wir sollten gegenüber Neuem aufgeschlossen sein und neugierig bleiben. Ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben ohne moderne Informations- und Kommunikationstechnologie ist heute immer schwerer möglich. Bildungseinrichtungen, Vereine und Verbände können ältere Menschen unterstützen, mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten.

JA zu einem engagierten Alter

Nach dem Ende der Berufstätigkeit haben viele Menschen oft noch ein Viertel ihres Lebens vor sich, einen großen Teil davon bei relativ guter Gesundheit. Viele Ältere übernehmen Aufgaben innerhalb und außerhalb ihrer Familie und tun damit nicht nur etwas für andere, sondern auch für sich selbst.

In der Familie stehen sie den Kindern bei, indem sie die Enkel betreuen, oder sie sorgen für Angehörige. Um die Solidarität in Familien gerade bei länger andauernder Pflege nicht zu überfordern, braucht es flächendeckende Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, wie z.B. Unterstützung durch ehrenamtliche Pflegebegleitung, sowie wirksame Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

Viele Seniorinnen und Senioren engagieren sich zudem im sozialen, kulturellen oder kirchlichen Bereich, in Politik, Verbänden und Gewerkschaften, im Sport, in Selbsthilfegruppen oder projektbezogenen Initiativen. Auch den sozialen Nahraum wollen ältere Menschen mitgestalten. Der Wunsch nach Mitverantwortung, Selbstbestimmung und Partizipation sind dabei die Triebfedern für ihr bürgerschaftliches Engagement.

Die Politik ist gefordert, Rahmenbedingungen für ein solches Engagement zu schaffen und diese den sich ändernden Bedürfnissen, gerade auch älterer Menschen, anzupassen. Das freiwillige Engagement darf jedoch nicht instrumentalisiert werden und zu einer Verdrängung von Erwerbsarbeit führen. Eine Verpflichtung zum Engagement lehnen wir ab.

JA zu einer Gesellschaft des Miteinanders

Die Herausforderungen, die das Älterwerden für Einzelne und die Gesellschaft mit sich bringt, können nur gemeinsam bewältigt werden. Dies verlangt eine gelebte Solidarität zwischen Jung und Alt, zwischen Reich und Arm, zwischen Menschen mit und ohne Behinderung, zwischen Menschen unterschiedlichen Glaubens oder verschiedener Kulturen.

Eine solche Solidarität kann nicht verordnet werden. Sie erwächst aus gegenseitigem Verständnis, Toleranz und der Fähigkeit, sich in die Lebenssituation anderer einzufühlen. Solidarität kann sich daher nicht durch ein Nebeneinander, sondern nur durch ein Miteinander entwickeln.

Staat und Gesellschaft müssen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle Bürgerinnen und Bürger selbstständig, selbstbestimmt und gleichberechtigt am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Alle sind aufgefordert dazu beizutragen, Barrieren abzubauen, damit die „eine Gesellschaft für alle“ Wirklichkeit werden kann.

JA zu einem selbstbestimmten Wohnen

Die große Mehrheit älterer Menschen wünscht sich, möglichst lange in den eigenen vier Wänden und der ihnen vertrauten Umgebung wohnen zu bleiben. Deshalb ist es eine vorrangige Aufgabe der Politik, den altersgerechten Umbau sowie den barrierefreien Neubau von Häusern und Wohnungen zu fördern und dafür zu sorgen, dass das Wohnen im eigenen Quartier bezahlbar bleibt.

Neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens gewinnen an Bedeutung. Für die einen mag die Haus- oder Wohngemeinschaft Gleichaltriger das Richtige sein, andere ziehen das Mehr-Generationen-Wohnen vor. Auch für Pflegebedürftige, vor allem für Menschen mit Demenz, können Wohngemeinschaften die Lebensqualität positiv beeinflussen.

Darüber hinaus muss die Vernetzung von sozialen Dienstleistungen mit Strukturen des freiwilligen Engagements und der Nachbarschaftshilfe gefördert werden.

Auch das Wohnumfeld, der Verkehrsraum und öffentlich zugängliche Gebäude müssen barrierefrei gestaltet werden. Neben einer guten Nahversorgung muss es ausreichend Angebote in den Bereichen Kultur, Sport, Bildung und Begegnung geben. Seniorengerecht heißt menschengerecht; wir brauchen „eine Stadt für alle Lebensalter“.

JA zu einem Alter in sozialer Sicherheit

Für die meisten Rentnerinnen und Rentner haben funktionierende Sozialsysteme bisher für angemessene Alterseinkommen gesorgt. Von Altersarmut waren in der Vergangenheit

– und sind auch heute noch – vor allem allein stehende Frauen betroffen. Die soziale Sicherheit im Alter ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich ältere Menschen auch künftig freiwillig engagieren können. Und auch die Möglichkeiten, Verantwortung für die eigene Lebensgestaltung zu übernehmen oder eine altersgerechte Wohnumgebung zu schaffen, stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der sozialen Lage der Einzelnen.

Mit großer Sorge betrachten die in der BAGSO zusammengeschlossenen Organisationen daher den eingeleiteten Umbau dieser bislang verlässlichen sozialen Sicherungssysteme. Vor allem die Einschnitte in das Alterssicherungssystem sind alarmierend. So wird ein Durchschnittseinkommen künftig nach 35 Beitragsjahren gerade einmal einen Rentenanspruch in Höhe der sogenannten Grundsicherung im Alter ergeben. Diese dramatische Absenkung muss, vor allem im Interesse künftiger Rentnergenerationen, gestoppt werden, da betriebliche und private Altersvorsorge nicht für alle zugänglich bzw. erschwinglich sind.

Dringend notwendig sind auch Korrekturen am Arbeitsmarkt. Niedriglöhne, Arbeitslosigkeit, unstete Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbsminderung nehmen vielen Menschen die Chance auf eine auskömmliche Altersrente.

Gesundheit und Pflege müssen für alle, auch für die Seniorinnen und Senioren von morgen und übermorgen, bezahlbar bleiben.

JA zu einem würdevollen Sterben

Ein „Ja zum Alter!“ schließt die Auseinandersetzung mit dem Lebensende ein. Das Sterben gehört zum Leben. Es aus dem eigenen Leben zu verdrängen, verhindert auch einen achtungsvollen Umgang mit dem Sterben anderer.

Eine aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Die Bereitschaft, Schwerkranken und Sterbenden, aber auch deren Angehörigen beizustehen, ist zu unterstützen. Die Förderung dieses – häufig ehrenamtlichen – Dienstes muss intensiviert werden, z. B. durch Qualifizierung, Hilfestellung und Begleitung. Deshalb sind Palliativmedizin und Palliativpflege flächendeckend auszubauen, ebenso die Hospizdienste.

Hamburg, den 5. Mai 2012

Herausgeber:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Bonnigasse 10, 53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 0, Fax: 02 28 / 24 99 93 20

E-Mail: kontakt@bagso.de

Die BAGSO vertritt über ihre 110 Mitgliedsorganisationen etwa 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland.

Weitere Informationen unter:

www.bagso.de

www.deutscher-seniorentag.de